

Gréng stäerkt Hesper
Programm für die Gemeindewahlen
am 9. Oktober 2005



August 2005
Déi Gréng Hesper

Inhaltsverzeichnis

1. Eine transparente, benutzerfreundliche und soziale Gemeinde	3
Information, Transparenz und Mitbestimmung	3
Ein besserer Service für die Bürgerinnen und Bürger	4
Alle reden mit – Gleichberechtigung und Gleichheit werden in der Hesperinger Gemeindepolitik zur Priorität	4
Chancengleichheit als Leitmotiv.....	5
Die Gemeinde als sozialer Dienstleistungsbetrieb.....	5
Konkrete Maßnahmen gegen die Wohnungsnot	5
2. Eine gesunde Umwelt	6
Für eine intakte Natur.....	6
Wasser - unser wertvollstes Gut!	6
Saubere Luft und Schutz vor Lärm - Voraussetzungen für eine hohe Lebensqualität	6
3. Ressourcen schonen, Zukunft sichern	7
Eine kompetente und zukunftsweisende Abfallpolitik	7
Intelligente Energienutzung.....	8
Ein Ökolabel für die Gemeinde	9
4. Besser planen, besser leben.....	9
Eine umsichtige und vorausschauende Finanzplanung: das A und O einer professionellen Gemeindeführung	9
Das Integrative Verkehrs- und Landesplanungskonzept (IVL) konkret umsetzen.....	10
Intelligent bauen, Lebensqualität verbessern	11
5. Anders mobil.....	12
Mehr Mobilität, weniger Verkehr	12
Ein moderner Verkehrsverbund : grün für Fahrräder und Fußgänger	12
6. Innovation fördern, Arbeit schaffen	13
Die Gemeinde als Garant für Innovation.....	13
7. Global denken, lokal handeln.....	13
Kooperation statt lokalem Egoismus.....	13
Lokale Verantwortung für das Weltklima	14
8. Eine kinderfreundliche Gemeindepolitik.....	15
Ein kinderfreundliches Umfeld	15
Ein konsequenter Ausbau der „ Structures d’accueil“	15
Die besten Chancen für alle Kinder	16
Schulen als Lebensort.....	16
9. Zusammen wohnen – zusammen leben.....	16
Mitbestimmung und Eigeninitiative der Jugendlichen	16
Eigenständigkeit und Selbstbestimmung älterer Menschen	17
Integration von Ausländerinnen und Ausländern	17
Keine Barrieren für Menschen mit Behinderungen	17
Kultur und Sport für alle	17

In den vergangenen 6 Jahren haben Déi Gréng in Hesperingen Einblick in die Arbeitsmethoden und politischen Prioritäten der derzeitigen Verantwortlichen erhalten.

Dabei wurde klar, dass diese Prioritäten und die Vorgehensweisen der heutigen Majorität in sehr vielen Punkten nicht mit dem Politikverständnis und den kommunalen Zielsetzungen grüner Politik übereinstimmen.

Aus diesem Grunde wollen wir in dem folgenden 9-Punkteprogramm grüne Lokalpolitik für die Gemeinde Hesperingen an Hand von Beispielen darlegen.

1. Eine transparente, benutzerfreundliche und soziale Gemeinde

Information, Transparenz und Mitbestimmung

Die Bürger und Bürgerinnen haben ein Recht auf objektive Information über die Beschlüsse des Schöffen- und Gemeinderates und über die Positionen, die von den einzelnen Mitgliedern des Gemeinderates vertreten werden: deshalb soll das kommunale Mitteilungsblatt eine analytische Darstellung der Diskussionen im Gemeinderat beinhalten.

Déi Gréng werden dafür sorgen, dass die Gemeinde sich ein internes Reglement gibt, das die demokratische Funktionsweise des Gemeinderates regelt sowie die Zusammensetzung und die Befugnisse der beratenden Kommissionen festlegt. Jedes Gemeinderatsmitglied soll ein komplettes Dossier aller Tagesordnungspunkte einer Gemeinderatssitzung erhalten: die Gemeinderatsmitglieder haben ein Recht auf vollständige Information über Projekte, zu denen sie eine Entscheidung treffen sollen.

Informationen über die Aktivitäten der Gemeinde werden allen Gesellschaftsgruppen zugänglich gemacht:

- In ihren Veröffentlichungen und bei öffentlichen Informationsversammlungen wird die Gemeinde die sprachliche Realität der Bevölkerung berücksichtigen,
- bei größeren Projekten, wie Bauvorhaben oder neuen Reglementierungen werden frühzeitig Bürgerversammlungen organisiert um die Bevölkerung in die Planung und Entscheidungsfindung einzubinden.

Die Richtlinien über Beteiligungs- und Entscheidungsmöglichkeiten der Bevölkerung werden festgeschrieben.

Ein besserer Service für die Bürgerinnen und Bürger

Die Gemeinde benutzt die neuen Technologien im Dienste der Bürger und Bürgerinnen:

- Gemeinderatssitzungen werden im Internet angekündigt,
- amtliche Formulare werden auch via Internet abrufbar gemacht.



Das von Ernst & Young im Audit der Gemeindeverwaltung vorgeschlagene Bürgeramt wird eingerichtet. Dadurch werden die einzelnen administrativen und sozialen Dienstleistungen von einer Stelle aus erreichbar. Die Öffnungszeiten der Verwaltung werden an die realen Bedürfnisse der Bevölkerung angepasst.

Zudem wird die Gemeinde den Einwohnern und Einwohnerinnen kostenlos Mediateure mit ausgedehnten Sprachkenntnissen zur Verfügung stellen, die ihnen mit ihren Übersetzer- und Vermittlerdiensten bei Bedarf bei ihren administrativen Gängen zur Seite stehen.

Die Gemeinde wird konsequent alle gemeindeeigenen Bauten auf ihre behindertenfreundliche Bauweise hin untersuchen und gegebenenfalls die notwendigen bautechnischen Anpassungen vornehmen.

In den letzten Jahren sind vermehrt Situationen aufgetreten, in denen es notwendig war, die Bevölkerung zuverlässig und schnell über Missstände (z. B. Smogalarm, Trinkwasserverunreinigung) zu informieren. Déi Gréng werden sich dafür einsetzen, dass die Gemeinde sich ein performantes Frühwarnsystem zulegt, um in Ernstfällen die Bevölkerung umfassend und unverzüglich zu informieren.

Alle reden mit – Gleichberechtigung und Gleichheit werden in der Hesperinger Gemeindepolitik zur Priorität

Die Aufgabengebiete der Konsultativkommissionen werden genau definiert. Sie bekommen insbesondere ein Initiativrecht und sie werden gezielt bei der Ausarbeitung der ihr Aufgabengebiet betreffenden Projekte hinzugezogen: Mitbestimmung ist nicht nur ein Schlagwort für Déi Gréng!

Insbesondere neu geschaffene Kommissionen wie die Gleichstellungskommission sollen ein klar definiertes Aufgabengebiet erhalten. Die Gleichstellungskommission erhält zudem horizontale Kompetenzen, die es ihr ermöglichen, in allen Teilbereichen der Kommunalpolitik Gutachten zu erstellen über die genderspezifischen Auswirkungen von neuen Projekten und Entscheidungen. Diese Gutachten müssen bei den Entscheidungen des Schöffen- und Gemeinderates berücksichtigt werden.

Eine paritätische Besetzung der Kommissionen wird angestrebt.

Spezielle Arbeitsgruppen zu spezifischen Projekten werden eingesetzt, punktuelle Anhörungen der Bevölkerung sollen zu einem wirklichen Austausch zwischen der Bevölkerung und den Gemeindeverantwortlichen führen. Bei der Projektplanung wird gezielt mit den lokalen Vereinigungen und der betroffenen Bevölkerung zusammengearbeitet.

Die Möglichkeit, Kinder- und Jugendgemeinderäte einzuführen, wird analysiert.

Chancengleichheit als Leitmotiv

Der Begriff „Gender“ stammt aus dem englischen Sprachraum und bedeutet in Ergänzung zum nur biologischen Geschlecht das soziale Geschlecht. Gender ist ein Ergebnis von Erziehung, Geschlechterrollen oder Selbstidentifikation, von Lebenschancen, Stereotypen und kulturellen Traditionen. Daher soll die Gemeinde

- Gendermainstreaming zum Instrument der Gemeindepolitik machen. Das bedeutet konkret bei allen gesellschaftlichen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern von vornherein und regelmäßig berücksichtigen,
- ihr Budget um die Geschlechterperspektive erweitern, um Ungerechtigkeiten bei der Verteilung der finanziellen Mittel aufzudecken und offensiv anzugehen. Die Geschlechterperspektive beinhaltet eine Analyse der Einnahmen und Ausgaben in Hinblick auf ihre unterschiedlichen Auswirkungen auf Frauen und auf Männer.

Die Gemeinde wird einen „Service à l'égalité“ schaffen, der dem Schöffenrat direkt untersteht und der sowohl innerhalb der Verwaltung als auch in allen Bereichen der Gemeindepolitik das Gleichheitsprinzip zur Anwendung bringt: Alle politischen Entscheidungen müssen auf ihre Gendertauglichkeit geprüft werden. Ein kommunaler Chancengleichheitsplan wird ausgearbeitet.

Die Gemeinde wird Weiterbildungskurse zum Thema Gender für alle Gemeindebeschäftigten anbieten, damit die diversen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der verschiedenen Abteilungen die Genderperspektive in ihren jeweiligen Arbeitsbereichen berücksichtigen können.

Die Gemeinde als sozialer Dienstleistungsbetrieb

Déi Gréng sind der Meinung, dass die Gemeinden eine ausgeprägte soziale Verantwortung tragen und dass dies nach außen für jeden Bürger und jede Bürgerin sichtbar sein muss.

Die Einwohner und Einwohnerinnen werden umfassend und regelmäßig über die ihnen zustehenden Leistungen informiert; zudem wird ein Kriterienkatalog für die vom Sozialamt angebotenen Hilfeleistungen aufgestellt werden. Damit rechtzeitig Verbesserungsmaßnahmen getroffen werden können, wird ein jährlicher Bericht über die sozialen Probleme in der Gemeinde erstellt.

Konkrete Maßnahmen gegen die Wohnungsnot

Seit in den siebziger Jahren in Alzingen die Cité Seitert gebaut wurde, hat es in der Gemeinde Hesperingen keinen von der Gemeinde unterstützten sozialen Wohnungsbau mehr gegeben. Damit eine gesunde Mischung der Einwohnerschaft auch in Zukunft garantiert ist, werden Déi Gréng sich dafür einsetzen, dass in Zusammenarbeit mit dem Fonds du Logement soziale Wohnungsbauprojekte gefördert werden. Leider sind in den letzten Jahren in dieser Hinsicht einige gute Möglichkeiten nicht wahrgenommen worden.

Die Gemeinde wird nach Möglichkeit Bauland erwerben und versuchen, im Sinn einer positiven Durchmischung Sozialwohnungen in verschiedene Wohnviertel zu integrieren.

2. Eine gesunde Umwelt

Für eine intakte Natur

In Zusammenarbeit mit den lokalen und regionalen Umweltschutzorganisationen sowie den zuständigen staatlichen Verwaltungen wird sich die Gemeinde aktiv für die Ausweisung von kommunalen und regionalen Naturschutzgebieten einsetzen.

Um der Zersiedlung und Versiegelung entgegenzuwirken, werden bei der Ausweisung von neuen Siedlungen dichtere und flächensparende Bauweisen bevorzugt.

Naherholungsgebiete und Grünflächen werden geschaffen bzw. erhalten.

Die Gemeinde wird einem Naturschutzsyndikat beitreten und ihre Wälder FSC-zertifizieren lassen.

Wasser - unser wertvollstes Gut!

In den letzten Jahren wurde vermehrt die Verknappung der Grundwasserreserven spürbar. Hier müssen die lokalen Verantwortlichen die richtigen Signale setzen:

- Die Gemeinde wird ihren eigenen Wasserverbrauch reduzieren und das kommunale Ortsnetz in Stand halten, um Wasserverluste durch undichte Stellen zu vermeiden: hierzu muss unbedingt ein mittelfristiges Konzept zur Kontrolle, Erneuerung und Verstärkung der Kanalinfrastrukturen erstellt werden;
- die Bevölkerung muss für das Thema sensibilisiert werden und mit gezielten Wassersparkampagnen zum schonenden Umgang mit den Wasserreserven gebracht werden;
- durch die Renaturierung der Wasserläufe und das Anlegen von Rückhaltebecken wird der Überschwemmungsgefahr entgegengewirkt.

Um den Wasserverbrauch zu regulieren, muss die Gemeinde eine sinnvolle Wasserpolitik betreiben:

- Einerseits sollen kostendeckende Wassertaxen und kostendeckende Abwassertaxen eingeführt werden,
- andererseits kann die Gemeinde spezifische Regelungen für den Wasserverbrauch der Landwirte und der kinderreichen oder sozialschwachen Familien vorsehen und durch kommunale Subventionierung die Regen- und Grauwassernutzung in Privat- und Gewerbegebäuden fördern.

Um die Nitratbelastung der Gewässer zu reduzieren werden Landwirte in Gewässerschutzprojekte eingebunden, wie z. B. die Ausarbeitung von Quellenschutzprogrammen und landwirtschaftlichen Düngeplänen oder finanzielle Förderung von Biogasanlagen.

Saubere Luft und Schutz vor Lärm - Voraussetzungen für eine hohe Lebensqualität

Die Zurückdrängung des Individualverkehrs zu Gunsten des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ist in unserer Gemeinde einer der prioritären Ansätze, um eine gute Luftqualität zu

gewährleisten. Eine Erhebung der allgemeinen Lärmbelastung in der Gemeinde soll durchgeführt werden.

Déi Gréng sind der Meinung, dass die Gemeinde sich aktiv an Aktionen zum Schutz der Luftqualität, wie Anti-Smog-Maßnahmen oder autofreien Tagen beteiligen soll, um die Bürgerinnen und Bürger auf diese Probleme aufmerksam zu machen.

Bei gemeindeeigenen Gebäuden und technischen Einrichtungen sollen von Anfang an Maßnahmen für eine optimale Lärmvermeidung, für Lärmschutz und Raumakustik eingeplant oder bei Umbauten nachgerüstet werden.

3. Ressourcen schonen, Zukunft sichern

Die derzeitige CSV-DP Majorität hat die frühere Umweltkommission auf Antrag der grünen Gemeinderätin im Januar 2000 in Kommission für Umwelt, Schutz der Natur und Energiepolitik umbenannt, bis dato ist allerdings in diesem Bereich außer der Fertigstellung des in der vorherigen Legislaturperiode begonnenen Recyclingzentrums nichts geschehen, obwohl die Majoritätsparteien dies großspurig in ihren 1999er Wahlprogrammen angekündigt hatten.

Dabei sollen die Gemeinden insbesondere in diesem Bereich eine Vorbildfunktion übernehmen und im Globalen vorleben, was die Bürger und Bürgerinnen individuell nachahmen sollten.

Nur ein qualifizierter, hauptamtlicher Umweltberater (oder eine Umweltberaterin) kann eine solche Aufgabe in Angriff nehmen.

Déi Gréng wollen aufzeigen, wie man eine effiziente und ressourcenschonende Politik betreiben kann.

Eine kompetente und zukunftsweisende Abfallpolitik

Oberstes Ziel einer zukunftsweisenden Abfallpolitik ist die Reduzierung des Volumens des anfallenden Abfalls. Zu diesem Zweck wird in allen kommunalen Infrastrukturen eine vorbildliche Müllvermeidung eingeführt und umfassende Informations- und Sensibilisierungs-Kampagnen für Privatpersonen sowie Gewerbe- und Industriebetriebe werden durchgeführt.

Die Gemeinde ist ein lokales Dienstleistungsunternehmen, das wirtschaftliches Funktionieren mit sozialen Aspekten vereinbaren sollte: dies gilt auch für die Festlegung der Gemeindetaxen für öffentliche Dienstleistungen.

Déi Gréng wollen kostendeckende Mülltaxen einführen und zugleich die Müllvermeidung bei Haus- und Gewerbemüll durch das „pollueur-payeur-Prinzip“ und gestaffelte Mülltaxen anregen. Ein Gesamtmüllkonzept sollte ausgearbeitet werden, das diesen Gesichtspunkten Rechnung trägt und regelmäßig überarbeitet und dem neuesten Erkenntnisstand angepasst wird.



Auch das Funktionieren des Recyclinghofs muss immer wieder hinterfragt werden: das getrennte Sortieren, das Ausnutzen des Recyclingpotentials von Glas, Papier, Metall, Kunststoffen und Bioabfällen, sowie die Verwertung und Beseitigung des Restmülls werden nach den neuesten Erkenntnissen und auf ökologisch sinnvolle Art und Weise durchgeführt.

Intelligente Energienutzung

In der Koalitionserklärung von Januar 2000 hatten CSV und DP angekündigt, dass die Gemeinde Hesperingen dem Klimabündnis treten würde. Nachdem im Budget 2005 „bereits“ der diesbezügliche Budgetposten vorgesehen war, haben es die Gemeindeverantwortlichen jetzt im Endspurt vor den Gemeindewahlen 2006 noch geschafft, den Beitrittsvertrag zu den Klimabündnisgemeinden im Gemeinderat stimmen zu lassen. Jetzt werden wir allerdings wohl bis zur nächsten Legislaturperiode warten müssen um zu erfahren, wie die Gemeinde Hesperingen gedenkt, die Auflagen, die ihr dadurch gemacht werden, zu erfüllen. Insbesondere in Punkto Reduktion der CO₂-Emissionen, aber auch um ihre Verbundenheit und aktive Solidarität mit den Menschen aus der Südhälfte der Erdkugel zu dokumentieren.



Im Gegensatz zu der derzeitigen Majorität verfügen Déi Gréng über ein konkretes kommunales Energiekonzept, das insbesondere für gemeindeeigene und private Gebäude klar definierte Co₂-Reduktions-Ziele beinhaltet.

Die Gemeinde muss die dezentrale und autonome Energieproduktion fördern indem z. B. bei kommunalen Siedlungen oder größeren Bauten Wärme-Kraft-Kopplung mit angeschlossenen Nahwärmenetzen vorgesehen wird. Dabei kommen verstärkt lokale Energieträger wie Holz in Form von Holzhackschnitzelanlagen und Biomasse in Form von Biogasanlagen zum Einsatz.

Die Gemeinde wird Sensibilisierungskampagnen durchführen, um die Umstellung der Haushalte auf energiesparendes Wirtschaften und die Nutzung von regenerativen Energiequellen voranzutreiben.

Um die Einwohner und Einwohnerinnen zu motivieren, auf erneuerbare Energiequellen d. h. Sonne, Luft, Wasser und Bioenergie zurückzugreifen, werden diese finanziell bezuschusst und auch kommunal genutzt. Bei neuen Gewerbegebieten und Siedlungsprojekten wird auf eine energieeffiziente Planung geachtet.

Ein Ökolabel für die Gemeinde

Das Beschaffungswesen der Gemeinde wird sich an ökologischen, sozialen und ethischen Kriterien orientieren:

- Die Gemeinde wird insbesondere auf fair gehandelte Produkte zurückgreifen und durch die Benutzung von Transfair-Produkten, biologischen bzw. aus der Region stammenden Nahrungsmitteln in den gemeindeeigenen Kantinen die Bevölkerung für diese Produkte sensibilisieren;
- bei kommunalen Neubauten werden ökologische Baumaterialien eingesetzt;
- die Gemeinde wird energiesparende Elektrogeräte und Niedrigverbrauchsfahrzeuge einkaufen und den Einsatz von Grünem Strom fördern.

Die Einführung eines Wochenmarktes im Zentrum von Hesperingen kann die Herstellung, das Angebot und den Verbrauch von lokalen und regionalen Produkten fördern. Der in der Consultation rémunérée zurückbehaltene Entwicklungsvorschlag für das Zentrum von Hesperingen könnte sehr wohl hierzu den Rahmen abgeben.

4. Besser planen, besser leben

Eine umsichtige und vorausschauende Finanzplanung: das A und O einer professionellen Gemeindeführung

In den vergangenen Jahren überraschte der Schöffenrat die Gemeinderatsmitglieder immer wieder mit Zusatzkrediten für die großen Bauvorhaben der Gemeinde wie Recyclinghof, Centre intégré pour personnes âgées auf Howald oder auch den Sportkomplex Holleschbiërg. Dabei handelte es sich um enorme Beträge, die zum Teil mehr als 25% des ursprünglichen Kostenvoranschlags ausmachten. Dass durch solche Mehrkosten die Gemeindeplanung in beträchtliche Schieflage kommen kann ist klar, zumal der Schöffenrat keinen Mehrjahreshaushalt aufgestellt hatte, der alle wichtigen Projekte und Vorhaben vorsah.

Es ist nicht von ungefähr, dass innerhalb der letzten Legislaturperiode die Prokopfverschuldung der Gemeinde von 718,58€ im Jahre 2000 bei 10 350 EinwohnerInnen auf 2 161,31€ im Jahre 2004 bei 10 742 EinwohnerInnen gestiegen ist und dass der Anteil der Schuldentilgung an den ordentlichen Einnahmen sich im gleichen Zeitraum von 3,45% auf 7,31% vergrößert hat (die vorteilhafteren Zahlen für 2005 sind nicht ausschlaggebend, da sie ja projizierte Werte darstellen und nicht unbedingt der realen Entwicklung entsprechen).

Déi Gréng sind der Meinung, dass besonders in finanziell schlechteren Zeiten eine rigorose, weitsichtige Finanzplanung von Nöten ist, damit alle notwendigen Projekte (Infrastrukturinstandsetzungen, Schulanlagen und Schulgebäudeerneuerungen) „in time“ realisiert werden können und nicht dem Rotstift zum Opfer fallen oder immer wieder aufgeschoben werden müssen. Deshalb werden sie einen 6-Jahres-Finanzierungsplan erstellen, der diesen Erfordernissen Rechnung trägt. Zugleich wird die Verwaltung eine Analyse aller Bau- und Baufolgekosten bei Großbauprojekten erstellen und auf Grund dieser Erkenntnisse versuchen, die realen Bau-, Bauneben- und Baufolgekosten in den Griff zu bekommen.

Dabei darf vor der Einstellung von zusätzlichem, gut ausgebildetem Gemeindepersonal nicht zurückgeschreckt werden: eine moderne Gemeinde kann nur funktionieren, wenn sie über die notwendigen, motivierten und qualifizierten Beamten und Beamtinnen verfügt, die die Gemeindepolitik fachgerecht umsetzen.

Eine Investition in kompetentes Gemeindepersonal lohnt sich allemal!

Das Integrative Verkehrs- und Landesplanungskonzept (IVL) konkret umsetzen

Das Integrative Verkehrs- und Landesplanungskonzept (IVL) hat wichtige landesweite Vorgaben betreffend die zukünftige Entwicklung der Landesplanung im Einklang mit der verkehrstechnischen Entwicklung gemacht, um ein ausgeglichenes Wachstum der einzelnen Regionen zu fördern und den Menschen in allen Regionen Luxemburgs eine ähnliche Lebensqualität und ähnliche Möglichkeit in punkto Arbeitsplatz und Wohnungssuche zu verschaffen.



Alle zukünftigen Schritte in der Dorfentwicklung müssen mit den Zielen des IVL vereinbar sein. Déi Gréng begrüßen, dass die Gemeindeverantwortlichen sich entschlossen haben, einen Gemeindeentwicklungsplan zu erstellen, der nicht nur die zukünftige Entwicklung der Gemeinde umreißt, sondern diesen Vorgaben Rechnung trägt und der regelmäßig auf seine Anwendbarkeit und Effizienz überprüft werden soll.

Die Resultate der Consultation rémunérée zur Entwicklung des Ortskernes von Hesperingen sind auch in diesem Sinne als Teil des Gemeindeentwicklungsplanes anzusehen. Als Hauptachsen des Vorgehens müssen im Sinne dieses Konzeptes folgende Maßnahmen angesehen werden:

- der Neubau und die Verbreiterung der Hesperinger Brücke und die Integration des Viertels um die Kirche in den neuen Ortskern,
- die Schaffung eines neuen Ortskernes abseits von der Hauptstraße mit Ausrichtung auf den Park und Integrierung von Dienstleistungsbetrieben, Geschäften und Restaurationsbetrieben,
- die Anlegung einer direkten Zufahrtsstraße zur A3 vor Alzingen und außerhalb von Fentingen, gekoppelt mit der Neuschaffung eines Bahnhofes in Fentingen, sowie
- eine mittelfristige Realisierung des im Masterplan Ban de Gasperich vorgesehenen Bus- und Zugbahnhofs auf Howald.

Falls dieses Konzept nicht in all seinen einzelnen Bestandteilen realisiert wird, wird das Verkehrschaos in Hesperingen ungeahnte Ausmaße annehmen, sobald die Stadt Luxemburg mit der Besiedlung des Ban de Gasperich beginnt.

Um die sanften Transportarten zu unterstützen, erstellt die Gemeinde ein Verkehrsentwicklungskonzept, das dem Umweltverbund - öffentlicher Transport, Fahrrad,

Zufußgehen - Priorität gibt vor dem privaten Personenverkehr. Ein Konzept zur Parkraumgestaltung soll ausgearbeitet werden, das mit den Nachbargemeinden abgestimmt ist.

Intelligent bauen, Lebensqualität verbessern

Die Verantwortlichen der Gemeinde Hesperingen haben in den letzten sechs Jahren so viele neue große Bauvorhaben gutgeheißen, dass Déi Gréng der Meinung sind, die Gemeinde sollte jetzt erst einmal die daraus folgenden infrastrukturellen Konsequenzen abwarten und die notwendigen Anpassungen realisieren. Die demographische Explosion der Gemeinde der letzten zwanzig Jahre kann die Gemeinde nicht zum Nulltarif finanzieren und sie kann sich auch nicht um die notwendigen Anpassungen herummogeln.



Die neuen Siedlungsprojekte unterlagen keinen oder kaum urbanistischen Auflagen und somit wird der bauliche Wildwuchs der Vergangenheit noch während 10 bis 20 Jahren in diesen Gebieten weitergehen.

Auf Grund des im Jahre 2004 gestimmten Gesetzes über die Landesplanung müssen die Gemeinden in Kürze einen revidierten und den Anforderungen dieses Gesetzes entsprechenden neuen Bebauungsplan ausarbeiten. In diesem Bebauungsplan sollte die Gemeinde sich die Möglichkeit geben, einer zu starken Versiegelung entgegenzuwirken und bei zukünftigen Siedlungsprojekten mittels Umwelt-Verträglichkeitsstudien die Auswirkungen der neu zu schaffenden Ortsteile ermitteln zu lassen. Die Gemeinde soll in diesem Sinne eine Aufstellung aller Baulücken machen, versuchen diese vorrangig zu erschließen und die Altbaurenovierung und –sanierung nachhaltig zu fördern.

Infolgedessen sind Déi Gréng ebenfalls der Meinung, dass die Ausarbeitung dieses Bebauungsplanes nur bedingt benutzt werden darf, um den Bauperimeter zu vergrößern. Bevor zusätzliche Bauzonen in den Bauperimeter aufgenommen werden, sollte die Gemeinde eine Projektion erstellen lassen über die zusätzliche Belastung der Gemeinde, die durch diese Bauperimetererweiterung entsteht. Diese sollte sowohl die Entwicklung des innerkommunalen und des interkommunalen Verkehrs als auch die Kosten der durch die Bauperimetererweiterung entstehenden Infrastrukturmaßnahmen untersuchen.

Der neue Bebauungsplan sollte nicht nur an die Vorgaben des Landesplanungsgesetzes von 2004 angepasst werden, sondern zugleich konkrete Vorgaben enthalten, welche von den Bauherren bei der Entwicklung von neuen Siedlungsprojekten berücksichtigt werden müssen. Nur auf diese Weise wird die Gemeinde aus der misslichen Lage herauskommen, dass die Bauherren immer wieder den Gemeindeverantwortlichen ihre diesbezüglichen Vorstellungen aufzwingen können.

Bei neuen Siedlungen wird besonders auf eine Mischung der Bevölkerungsgruppen und der einzelnen Funktionen – Wohnen, Arbeiten, Einkaufen und Freizeit - geachtet werden. Die Gemeinde wird ökologische Siedlungsprojekte gezielt fördern, wobei die Energieversorgung besonders berücksichtigt wird.

Bei öffentlichen Bauten wird auf behindertengerechten Zugang, die Verwendung von umweltfreundlichen Materialien und eine energiesparende Ausrichtung der Gebäude geachtet werden.

Bei neuen Siedlungsprojekten oder sonstigen Bauvorhaben werden die unterschiedlichen Bedürfnisse von Frauen und Männern von vorneherein bei der Planung berücksichtigt.

5. Anders mobil

Mehr Mobilität, weniger Verkehr

Die Gemeinde wird bei zukünftigen Projekten dafür Sorge tragen, dass Alltagsziele, wie Einkäufe, Dienstleistungen, Naherholung, Schulen, Freizeitstätten und Behörden möglichst zu Fuß, mit dem Fahrrad oder dem öffentlichen Transport zu erreichen sind. In diesem Sinne werden Déi Gréng analysieren, ob ein gemeindeinterner Zubringerdienst zu den regionalen Buslinien einzuführen ist.



Die Gemeinde wird insbesondere versuchen, die Durchgangachsen zu beruhigen, die Möglichkeit eines P&R-Angebotes im Süden der Gemeinde analysieren und das Angebot des ÖPNV verbessern. Des Weiteren soll bei der Gemeindeplanung und bei der Erstellung des neuen Bebauungsplanes auf die Vernetzung der Bauweise, der wohnungsnahen Grünzonen und der Versorgungsstrukturen geachtet werden.

Durch verschiedene Aktionen oder Maßnahmen, wie „Ech gi gär zu Fouss an d'Schoul“, ein umfassendes Angebot an Bustransport oder sichere Fahrradabstellmöglichkeiten werden Eltern wie Schulkinder sensibilisiert, auf das Auto als Transportmittel zur Schule zu verzichten.

Ein moderner Verkehrsverbund : grün für Fahrräder und Fußgänger

Die umweltverträglichen Verkehrsträger werden zu einem komfortablen und gut zusammenwirkenden System ausgebaut und ein Konzept für alternative Mobilität für nicht motorisierten Verkehr wird ausgearbeitet und umgesetzt.

Einzelne Punkte eines solchen Konzeptes, das auch eine höhere Lebensqualität garantieren soll, sind:

- flächendeckende Einführung von Tempo-30-Zonen in den Wohngebieten,

- fußgängerfreundliche und behindertengerechte Gestaltung der Straßen, Plätze und Kreuzungen,
- Unterstützung des Fahrrades als Alltagsfahrzeug und Umsetzung eines Radverkehrskonzepts für die ganze Gemeinde in Absprache mit den Nachbargemeinden, sowie Einrichtung von witterungsgeschützten und sicheren Fahrradabstellanlagen.

6. Innovation fördern, Arbeit schaffen

Déi Gréng sind der Meinung, dass die Gemeinde Hesperingen in Zukunft für ein nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum stehen sollte. Sie kann sowohl eigene Projekte in diesem Sinne initiieren, als auch die Privatwirtschaft in dieser Hinsicht unterstützen.

Die Gemeinde als Garant für Innovation

Um gezielt neue Wirtschaftstätigkeiten aufzubauen, wird die Gemeinde eine Stärken-Schwächen-Analyse des lokalen wirtschaftlichen und sozialen Potenzials durchführen.

In zukunftssträchtigen Bereichen, wie alternative Energien oder Kommunikationstechnologien sollten Partnerschaften mit privaten Wirtschaftsakteuren angestrebt werden. Die Gemeinde könnte z. B. eine Niedrigenergie-Siedlung planen oder andere innovative Projekte gezielt fördern (Subventionierung von Photovoltaikanlagen, Niedertemperaturheizungen, ...).

Die Gemeinde wird versuchen in den bestehenden Gewerbebezonen Räumlichkeiten aufzukaufen, welche jungen Betrieben gezielt zu günstigen Mieten zur Verfügung gestellt werden, um ihnen über berufliche Startschwierigkeiten hinwegzuhelfen. In diesem Zusammenhang wird ebenfalls auf das wirtschaftliche Potenzial und die Kreativität von Frauen gesetzt.

Die Arbeit im sozialen Sektor wird weiterhin gefördert werden, da sie nicht nur ein Kostenfaktor ist, sondern auch Arbeitsplätze, wirtschaftliche Aktivitäten und innovative Konzepte nach sich zieht.

Die Gemeinde selbst wird verstärkt in Menschen und ihr Fachwissen investieren, indem sie für die permanente Weiterbildung ihrer Angestellten sorgt und bereichsspezifische Fachkräfte wie z.B. einen Energieberater einstellt.

7. Global denken, lokal handeln

Kooperation statt lokalem Egoismus

Die Verantwortlichen der Gemeinde Hesperingen haben mit den Verantwortlichen der Gemeinden des Grossraums Luxemburg-Stadt (Luxemburg-Stadt, Bartringen, Leudelingen und Strassen) einen Vertrag über ihre zukünftige Zusammenarbeit abgeschlossen, wie dies übrigens auch für andere im IVL definierte Entwicklungszentren der Fall ist (z. B. die Gemeinden der Nordstad haben einene ähnlichen Vertrag abgeschlossen). In den Augen von Déi Gréng ist es wichtig, dass die Gemeinden sich engagieren, um einen regionalen städtebaulichen und wirtschaftsbezogenen Entwicklungsplan auszuarbeiten und um den Verkehr und den öffentlichen Transport zu koordinieren.

Die Gemeinde Hesperingen hat als Tor zum südlichen Umland der Stadt Luxemburg in dieser Hinsicht eine bedeutende Rolle zu spielen, aber sie ist auch direkt abhängig von den städtebaulichen Entwicklungen der Gemeinde Luxemburg, insbesondere von der geplanten

Besiedlung des Ban de Gasperich mit den hier entstehenden verkehrstechnischen Infrastrukturen.

Deshalb ist eine enge Zusammenarbeit zwischen den Verantwortlichen der Gemeinde Luxemburg in punkto Entwicklung des südlichen Teilgebietes der Hauptstadt unabdinglich.



Die Gemeinde wird bei ihren Entscheidungen immer auch regional denken. So soll untersucht werden, ob zukünftige kulturelle und sportliche Infrastrukturen nicht nach den Vorgaben aus den Regionalplänen entworfen und gebaut werden können, um auf diese Weise der Einwohnerschaft der Region hochwertige Infrastrukturen zur Verfügung stellen zu können, ohne dass die Gemeinden sich in der Schuldenfalle wiederfinden.

Lokale Verantwortung für das Weltklima

Kurz vor den Gemeindewahlen 2005, also in der Gemeinderatssitzung vom 29. Juli 2005, haben die bisherigen Verantwortlichen der Gemeinde Hesperingen die Mitgliedschaft der Gemeinde in den Klimabündnisgemeinden vom Gemeinderat stimmen lassen. Es ist jedoch klar, dass sie über kein Konzept verfügen, um den daraus entstehenden Verpflichtungen der Gemeinde bezüglich der Reduktion der Schadstoffemissionen um 50% bis 2010 Rechnung getragen zu tragen oder um das hier verankerte lokale Engagement zu Gunsten der Länder der dritten Welt umzusetzen.

Déi Gréng setzen sich dafür ein, dass ein solches Engagement nicht nur auf dem Papier besteht, sondern seinen konkreten Niederschlag in der Gemeindepolitik findet:

- Es werden kommunale Aktionen zum Herabsetzen der CO₂-Emissionen unternommen,
- beim Beschaffungswesen werden fair gehandelte Produkte bevorzugt, (z. B. In den Schulkantinen, bei offiziellen Anlässen usw...),
- ein kommunales Energiekonzept wird ausgearbeitet und umgesetzt,
- die Gemeinde wird regelmäßig Informationskampagnen und –abende zur Nord-Süd-Problematik abhalten,
- die Gemeinde wird, unter enger Einbeziehung der Hesperinger Bevölkerung, in Entwicklungsländern lokale Projekte unterstützen, die mit der dortigen Bevölkerung abgesprochen und auf ihre Bedürfnisse ausgerichtet sind,

- zukünftige Partnerschaftsabkommen mit ausländischen Städten und Gemeinden werden nach nachhaltigen Kriterien abgeschlossen und bestehende im Sinne der Nachhaltigkeit weitergeführt.

8. Eine kinderfreundliche Gemeindepolitik

Ein kinderfreundliches Umfeld

Genau wie die Einbeziehung der unterschiedlichen Bedürfnisse von Männern und Frauen in die kommunale Planung zu einer qualitativen Verbesserung der Gemeindeprojekte führt, so müssen auch die Interessen der Kinder bei der Planung einbezogen werden: sowohl in der Verkehrspolitik, als auch im Bereich der Freizeitangebote und der Flächennutzung wird ein kindergerechtes Umfeld angestrebt.



Kinder und Jugendliche sind immer auch Fußgänger und/oder Radfahrer. Um ihre Mobilität zu gewährleisten, wird die Gemeinde ein sicheres Fuß- und Radverkehrsnetz planen und realisieren. Auch und besonders für Kinder und Jugendliche wird eine Gemeinde der kurzen und sicheren Wege zu einer deutlichen Steigerung der Lebensqualität beitragen.

Qualitativ hochwertige und sichere Spielplätze müssen dezentral in allen Ortschaften der Gemeinde geschaffen werden.

Ein konsequenter Ausbau der Betreuungsstrukturen

Im Laufe der vergangenen Legislaturperiode hat die Gemeinde erhebliche Anstrengungen gemacht, um die paraschulischen Betreuungsstrukturen auszubauen und den Bedürfnissen der Kinder und der Eltern anzupassen.

Déi Gréng begrüßen, dass ab September 2005 eine zusätzliche Kantine für die Schulkinder in Hesperingen funktionieren wird. Sie sind der Meinung, dass der Ausbau der Kinderbetreuungsstrukturen auch in Zukunft zügig vorangehen muss. Insbesondere müssen die verschiedenen Betreuungsstrukturen (Kantinen, Nachmittagsbetreuung, Hausaufgabenhilfe) dezentral organisiert werden und die Gruppenzahlen herabgesetzt werden. Die Gemeinde muss dafür Sorge tragen, dass kurz- bis mittelfristig die Kinder in der Ortschaft Betreuungsstrukturen haben, in der sie leben und/oder die Schule besuchen.

Die Gemeinde wird auch in Zukunft qualifiziertes Personal einstellen um die Betreuungsstrukturen zu leiten. Eine kompetente paraschulische Betreuung der Kinder darf nicht kostensparenden Maßnahmen geopfert werden.

Die besten Chancen für alle Kinder

Um das Schulsystem an veränderte Anforderungen und veränderte Lebensgewohnheiten der Menschen anzupassen, müssen mittelfristig die bestehenden schulischen Infrastrukturen so umgebaut werden, dass sie den neuen Schulformen wie Team Teaching, Projektunterricht und Ganztagschule Genüge tun.

Auch in Zukunft müssen Hausaufgabenhilfe und andere Stützkurse angeboten werden für Kinder mit sprachlichen und/oder schulischen Defiziten. Das national verordnete Hausaufgabenverbot in der Unterstufe darf nicht dazu führen, dass für Kinder mit Lernschwierigkeiten nicht mehr die notwendige pädagogische und/oder psychologische Unterstützung zur Verfügung steht.

Die Gemeinde wird sich aktiv für die Verbesserung der Integration von Kindern unterschiedlicher sozialer und nationaler Herkunft einsetzen.

Schulen als Lebensort

Kinder und Lehrpersonal verbringen den Großteil ihrer Zeit in der Schule: Hier müssen ihnen großzügige, gut ausgestattete Räumlichkeiten zur Verfügung stehen und die strengsten Normen im Sicherheits- und Gesundheitsbereich müssen respektiert werden, um die Gesundheit der Kinder nicht zu gefährden. Beim Neubau bzw. der Renovierung von Schulen werden umweltfreundliche Baustoffe verwendet und es wird auf einen sparsamen Energie- und Wasserverbrauch geachtet.

Die Gemeinde wird dafür Sorge tragen, dass alle bisher noch nicht erneuerten Schulhöfe nach kindgerechten Kriterien neu konzipiert und angelegt werden. Sie wird auch dafür sorgen, dass bei neuen Schulkomplexen die Schulhöfe von angemessener Größe sind und dass die Konzeption neuer Schulgebäude den neuen Unterrichtsformen Rechnung trägt.

In der direkten Umgebung der Schulen werden genügend Grünflächen als Spielraum eingeplant und der Autoverkehr wird eingeschränkt.

Dialog und Mitbestimmungsmöglichkeiten der Schüler und Schülerinnen, der Eltern und des Lehrpersonals werden gefördert.

9. Zusammen wohnen – zusammen leben

Die Gemeinden sind die lokalen Einheiten, die am nächsten an den Bürgern und Bürgerinnen und ihren alltäglichen Problemen dran sind. So fällt es ihnen auch am leichtesten, Maßnahmen zu ergreifen, um ein friedliches, selbstbestimmtes Miteinander der verschiedenen Teile der Gesellschaft zu unterstützen.

Mitbestimmung und Eigeninitiative der Jugendlichen

Insbesondere was die Einbeziehung der Jugendlichen in das gesellschaftliche Leben einer Kommune angeht, hat die Gemeinde viele Möglichkeiten. In der vergangenen Legislaturperiode wurde zwar der Bau eines Jugendhauses im Zentrum der Ortschaft Hesperingen beschlossen, allerdings handelt es sich hierbei um eine isolierte Maßnahme und für das im Ortskern von Hesperingen gelegene, zukünftige Jugendhaus besteht noch nicht einmal ein Konzept, um Jugendlichen, Jungen und Mädchen im Alter von 12 bis 17 Jahren, Freizeitangebote zu machen, die sie interessieren. Insbesondere wurde die Frage nach einem partizipativen Modell, bei dem die örtlichen Jugendorganisationen sich an der Verwaltung und Nutzung dieser Struktur beteiligen bis dato nicht diskutiert.

Die Gemeinde soll einen Jugendkommunalplan ausarbeiten, der sich nicht auf die Bereitstellung eines Jugendhauses beschränkt, sondern eine Vielfalt an Möglichkeiten der Partizipation und des Miteinanders der Jugendlichen beinhaltet. Ein Jugendforum soll organisiert werden. Jugendliche werden aktiv in die Ausarbeitung kommunaler Projekte für Jugendliche - insbesondere im Bereich Kultur – mit einbezogen.

Eigenständigkeit und Selbstbestimmung älterer Menschen

Die Integration älterer Mitmenschen in die Gesellschaft ist maßgeblich von ihrer Mobilität abhängig. Die Gemeinde wird deshalb verbesserte Transportmöglichkeiten zu Einkaufszentren und kulturellen und sportlichen Ereignissen schaffen und kommunale Räume als kollektive Treffplätze für ältere Personen zur Verfügung stellen. Die Neuamenagierung des Ortskerns von Hesperingen bietet hierzu eine gute Gelegenheit.

In den einzelnen Ortschaften werden Wohnungen für ältere sowie pflegebedürftige Menschen geschaffen.

Die Gemeinde wird in Zusammenarbeit mit bestehenden lokalen Organisationen (RBS, Amiperas und Foyer de la femme) das Freizeitangebot für Senioren diversifizieren.

Integration von Ausländerinnen und Ausländern

Wie für alle anderen Kommissionen muss auch für die Ausländerkommission ein klar umrissenes Aufgabengebiet definiert werden und es muss festgelegt werden, zu welchen Themen eine Stellungnahme der Ausländerkommission notwendig ist.

In der Gemeindeverwaltung und ihren offiziellen Publikationen wird die sprachliche Realität der Bevölkerung berücksichtigt werden.

Bei von der Gemeinde organisierten Versammlungen im Rahmen der Bürgerbeteiligung wird für eine Übersetzung in die meist gebrauchten Fremdsprachen gesorgt.

Keine Barrieren für Menschen mit Behinderungen

Die Gemeinde wird sich ein Aktionsprogramm für eine barrierefreie Gestaltung der Umwelt geben, das auf der Agenda 22 basiert und somit die UN-Standardregeln auf kommunaler und regionaler Ebene zur Herstellung von Chancengleichheit umsetzen.

Die spezifischen Belange von Menschen mit Behinderungen werden systematisch bei neuen Gemeindeprojekten einfließen, die Behindertenorganisationen werden in die Planung von neuen Projekten mit einbezogen.

Die Integration von Kindern mit Behinderungen in den allgemeinen Primärschulunterricht wird unterstützt, außerschulische Freizeit- und Ferienaktivitäten werden nach Möglichkeit so gestaltet, dass auch Kinder mit Behinderungen daran teilnehmen können.

Die Gemeindeverantwortlichen werden dafür Sorge tragen, dass in der Gemeindeverwaltung und in den Gemeindebetrieben Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen geschaffen werden.

Kultur und Sport für alle

Der Sportkomplex auf Holleschbiereg hat zu einer massiven Verbesserung des Angebotes an sportlichen Infrastrukturen in der Gemeinde geführt. Bei den noch fehlenden Infrastrukturen wie Schwimmbad oder Kulturhaus sollte versucht werden, mit anderen Gemeinden gemeinsame

Projekte zu gestalten, damit die Vorhaben nicht den zu hohen Bau- und Unterhaltskosten zum Opfer fallen.

Für die Vergabe von Subsidien an Vereine werden bestimmte Qualitätskriterien eingeführt, wie z. B. die Einstellung von ausgebildeten Trainern und Trainerinnen für Sportvereine. Insbesondere die Kinder- und Jugendarbeit der lokalen Sport- und Kulturvereine wird gezielt gefördert.



Die unterschiedlichen Ansprüche von Mädchen und Frauen bezüglich kultureller und sportlicher Betätigung werden beim Bau von zukünftigen Infrastrukturen einbezogen.

Auch nicht in Vereinen organisierten Einwohnerinnen und Einwohnern wird der Zugang zu den Sportinfrastrukturen zu bestimmten Zeiten ermöglicht.

Verantwortlicher Herausgeber: DÉI GRÉNG Hesper, 7, rue Th.Urbain, L-5893 HESPERANGE

Photos : Pit BECKER